

Die nachfolgenden Formulare für Männer dienen zur Beantragung zivilrechtlichen Schutzes nach dem Gewaltschutzgesetz.

Die entsprechenden Formulare für Frauen können beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Postfach 20 15 51, 53145 Bonn, unter „Materialien zur Gleichstellungspolitik Nr. 80/2002“ angefordert werden.

Beide Formulare können auch von der Website des BMFSFJ heruntergeladen werden (www.bmfsfj.de).

Die vorliegenden Formulare und Bearbeitungshinweise wurden erarbeitet von:

BIG e.V. Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen

Koordinierungsstelle des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt

Paul-Lincke-Ufer 7d

D - 10999 Berlin

Telefon 030/61709100

Telefax 030/61709101

E-Mail bigteam@snafu.de

Stand: April 2002

Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen gefördert.

Hinweise

zu den Anträgen auf Zuweisung der Wohnung und
Erlass von Schutzanordnungen für Antragsteller

Wegweiser:

Nehmen Sie	Seite
I. für alle Männer gemäß Gewaltschutzgesetz	
Formular M1	2
wenn der Mann persönlichen Schutz vor Drohungen, Gewalttätigkeiten und Nachstellungen benötigt	
Formular M2	12
wenn der Mann die Wohnung für sich benötigt (Zuweisung in der Regel für sechs Monate) und die Parteien nicht verheiratet sind bzw. als Ehemann oder als eingetragener Lebenspartner nicht getrennt lebt	
II. für verheiratete oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebende Männer	
Formular M3	21
wenn der Ehemann persönlichen Schutz vor der Ehefrau benötigt und ein Scheidungsverfahren läuft.	
Formular M4	29
wenn der Ehemann die Ehewohnung für sich benötigt und ein Scheidungsverfahren läuft.	
Formular M5	38
wenn der Ehemann die Ehewohnung für sich benötigt und kein Scheidungsverfahren läuft	
Formular M6	47
wenn der Mann die Wohnung für sich benötigt und die Parteien eingetragene Lebenspartner sind	

M1

ANTRAG FÜR SCHUTZANORDNUNG IN FÄLLEN HÄUSLICHER GEWALT UND ERLASS EINES EINSTWEILIGEN ANORDNUNG

An das
Familiengericht/Amtsgericht¹⁾

Ort, Datum

**Antrag auf 1) Unterlassen gemäß § 1 GewSchG und
2) Erlass einer entsprechenden einstweiligen Anordnung**

In Sachen

Antragsteller
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift²⁾
*oder bei konkreter Gefahr Anschrift auf gesondertem Blatt
mit der Bitte um Geheimhaltung beigelegt
oder Zustelladresse der Verfahrensbevollmächtigten angeben*

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigte/r:

gegen

Antragsgegnerin
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift

Antragsgegnerin

- ☐ beantrage ich
☐ namens und in Vollmacht des Antragstellers
in der Hauptsache
☐ und im Wege der einstweiligen Anordnung
☐ wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung
wie folgt zu beschließen:³⁾

- ☐
Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, den
☐ Antragsteller
☐ Kinder⁴⁾
.....
zu bedrohen, zu verletzen oder sonst körperlich zu misshandeln.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, den

- ☐ Antragsteller
- ☐ Kinder

zu demütigen und einzusperren.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, mit dem Antragsteller in irgendeiner Form Kontakt aufzunehmen, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln. Im Einzelnen wird der Antragsgegnerin untersagt,

- a) den Antragsteller anzurufen,
- b) den Antragsteller anzusprechen,
- c) dem Antragsteller Faxe zu übermitteln,
- d) dem Antragsteller Telegramme zu übersenden,
- e) dem Antragsteller E-Mails zu senden,
- f) dem Antragsteller SMS zu senden.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, die Wohnung/den Arbeitsplatz/den Wohnsitz der Eltern/Verwandten/Freunde des Antragstellers in (genaue Adresse) zu betreten und sich auf eine Entfernung von Metern zu nähern.



Das gilt auch für folgende Orte⁵⁾:

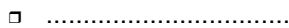


Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, das Haus, in dem sich die Wohnung des Antragstellers befindet, zu betreten oder sich auf der Straße vor dem Haus/gegenüber dem Grundstück aufzuhalten.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, das Haus....., in dem sich

- ☐ die Kindertagesstätte



des/der Kindes/Kinder befindet, zu betreten oder auf der Straße vor dem Haus zu warten.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen,

- ☐ in die Wohnung des Antragstellers
- ☐ in dessen befriedetes Besitztum und zwar⁶⁾.....

..... einzudringen.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen,

- ☐ dem Antragsteller wiederholt nachzustellen.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, sich dem Antragsteller und/oder den Kindern außerhalb der Wohnung auf eine Entfernung von ... Metern zu nähern, sie auf der Straße anzusprechen, ihnen zu folgen, ihnen hinterherzurufen.

Sollte es zu zufälligen Begegnungen kommen, so hat die Antragsgegnerin sofort den festgelegten Abstand herzustellen und einzuhalten.



Der Antragsgegnerin wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen diese einstweilige Anordnung die Verhängung eines Ordnungsgeldes bis zu 250.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

Des Weiteren wird beantragt,

☐ dem Antragsteller

☐ unter Beiordnung der RA'in/des RA
Prozesskostenhilfe zu bewilligen.⁷⁾

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den dazugehörigen Belegen (Einkommen, Belastungen wie Miete, Versicherungen etc.) ist beigefügt.

Begründung:

☐ Bei den Parteien handelt es sich um

☐ Eheleute

☐ eine eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaft

☐ eine nichteheliche Lebensgemeinschaft

☐ Geschwister/sonstige Verwandte.....

☐ Sonstige⁸⁾

☐ Die Parteien

☐ führen einen auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt bzw. die Auflösung dieses gemeinsamen Haushalts liegt nicht länger als sechs Monate zurück.

☐ führten einen auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt, dessen Auflösung länger als sechs Monate zurückliegt⁹⁾.

☐ haben bisher keinen gemeinsamen Haushalt geführt.



Seit dem ist der Antragsteller massiven Übergriffen seitens der Antragsgegnerin ausgesetzt.

Die Antragsgegnerin hat den Antragsteller

☐ geschlagen

☐ beschimpft

☐ beleidigt

☐ mit dem Tode bedroht

☐ eingesperrt

☐

Der Antragsteller schildert die erlittenen Verletzungen/Beeinträchtigungen und den ausführlichen Geschehensablauf wie folgt: ¹⁰⁾

☐ Zeit
.....
.....

☐ Ort
.....
.....

☐ Folgen der Tat
.....
.....
.....
.....

☐ Auch in der Vergangenheit ist es schon zu folgenden Vorfällen gekommen:
.....
.....
.....
.....
.....

☐ Der geschilderte Sachverhalt zeigt, dass die Antragsgegnerin dem Antragsteller wiederholt nachgestellt hat.¹¹⁾

☐ Die Antragsgegnerin weiß, dass der Antragsteller dies ablehnt. Er hat ausdrücklich erklärt:¹²⁾
.....
.....

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung ist dringend geboten, da weitere Verletzungen/Beeinträchtigungen durch die Antragsgegnerin zu befürchten sind.

Die Antragsgegnerin hat

☐ damit gedroht
.....

Zur Glaubhaftmachung¹³⁾ des oben geschilderten Vortrages bezieht sich der Antragsteller auf:

- ☐ eidesstattliche Versicherung des Antragstellers ¹⁴⁾
- ☐ ärztliches Attest des/der vom
- ☐ Strafanzeigenerstattung bei der Polizei am, Az.:
- ☐ Sonstiges

Aufgrund des geschilderten Verhaltens und der Äußerungen der Antragsgegnerin besteht die Gefahr, dass diese den Antragsteller und das/die Kind/er erneut physisch und psychisch verletzen wird.

- ☐ Beglaubigte und einfache Abschrift anbei. ¹⁵⁾
- ☐ Zwei einfache Durchschriften anbei.

- ☐ *Unterschrift des Antragstellers*
- ☐ *RechtsanwältIn* ¹⁶⁾

Einzelne Hinweise zu Formular M1:

Anm. 1

Das Verfahren gehört nur dann vor das Familiengericht (in dessen Gerichtsbezirk die gemeinsame Wohnung liegt), wenn die häusliche Gemeinschaft von Antragsteller und Antragsgegnerin innerhalb der letzten sechs Monate noch bestanden hat. Verfahren der häuslichen Gemeinschaften, die vor mehr als sechs Monaten aufgelöst bzw. getrennt wurden, gehören vor das Amtsgericht. Der Antrag ist an das Amtsgericht zu richten, in dessen Gerichtsbezirk die Antragsgegnerin wohnt bzw. die Verletzungshandlung begangen worden ist.

Der Antrag kann persönlich beim Gericht abgegeben, aber auch an das Gericht per Post geschickt werden. Ferner gibt es die Möglichkeit, den Antrag durch eine bei jedem Gericht befindliche Rechtsantragstelle aufnehmen zu lassen. Dort muss evtl. mit einer erheblichen Wartezeit gerechnet werden.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Mann den bereits ausgefüllten und unterschriebenen Antrag bei Gericht abgibt mit der Bitte um sofortige bzw. rasche Entscheidung. Sowohl bei der Antragstellung mit Hilfe der Rechtsantragstelle als auch bei Abgabe des ausgefüllten Antrags kann es sein, dass noch am Tag der Antragstellung ein richterlicher Beschluss ergeht. Der Richter oder die Richterin kann aber auch eine mündliche Verhandlung anberaumen, die dann voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erfolgt. Für den Fall, dass noch am gleichen Tag ein Beschluss erlassen wird, muss mit einer Wartezeit von insgesamt bis zu acht Stunden gerechnet werden.

Anm. 2

Die Anschrift des Mannes kann gegenüber der Antragsgegnerin geheimgehalten werden, wenn durch sie Gefahr für Leib oder Leben des Mannes oder der Kinder droht. Das Gericht muss auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hingewiesen werden. Die Geheimhaltung wird nur gewährt, wenn sich die Notwendigkeit anhand des Sachverhalts nachvollziehen lässt.

Anm. 3

Bei den in den Formularen aufgeführten Antragsalternativen handelt es sich um Formulierungsvorschläge. Welche Anträge Sie ankreuzen, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll und ob der geschilderte Sachverhalt dies rechtfertigt. Es dürfen jeweils nur die durch die bisherigen Vorfälle gedeckten Anträge angekreuzt werden.

Anm. 4

Namen und Geburtsdaten der Kinder angeben.

Anm. 5

Die Orte, an denen sich der Antragsteller regelmäßig aufhält, sind genau zu benennen und mit Adresse zu bezeichnen (z.B. Sport-Studio, Supermarkt etc.).

Anm. 6

„befriedetes Besitztum“ ist die juristische Formulierung für einen begrenzten Raum bzw. für eine begrenzte Fläche, wo sich die Antragsgegnerin nicht aufhalten darf. Es kann sich um ein Grundstück handeln, Geschäftsräume, einen Garten oder dergleichen.

Anm. 7

Ist der Mann finanziell nicht in der Lage, die Kosten des Verfahrens (vgl. hierzu unten die Anmerkung zu 16) zu tragen, muss er den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellen. Diesem Antrag ist ein amtliches Formular, die sogenannte Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das Formular erhält man bei jedem Gericht. Es muss ausgefüllt, unterschrieben und mit Belegen (Gehaltsbescheinigung, Höhe der Miete etc.) versehen werden.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den beigefügten Unterlagen wird nicht an die Antragsgegnerin weitergeleitet.

Anm. 8

Hier ist zu schildern, in welcher Beziehung/in welchem Bekanntschaftsverhältnis die Parteien zueinander stehen.

Anm. 9

Diese Angaben sind wichtig im Hinblick auf - s. Anm. 1 - die Frage der Zuständigkeit des Gerichts.

Anm. 10

Es ist besonders wichtig, das Geschehen umfassend und detailliert zu schildern. Es muss klar sein, welche konkrete häusliche Gewalt an dem Mann und/oder den Kindern verübt wurde, ob Wiederholungsgefahr besteht und woraus sich diese ergibt. Der Sachverhalt muss möglichst genau geklärt und in Einzelheiten notiert werden:

- Wann ist was wo passiert?
- Wer war anwesend (*Name und Adressen von Zeugen*)?
- Gab es Verletzungen? Wenn ja: welche?
- Wurde ein Arzt aufgesucht? Wenn ja: wann? (*Name und Adresse des Arztes; Vorlage des Attestes*)
- Wurde die Polizei eingeschaltet?
- Wurde Anzeige erstattet? (*Welche Polizeidienststelle; Geschäftszeichen der Polizei*)
- Gibt es ein Strafverfahren? (*Aktenzeichen*)
- Gab es schon vorher Misshandlungen? (*Ggf. wann und welche Verletzungen*)
- Gab es schon vorher einen Polizeieinsatz/eine Anzeige? (*Institution/ Geschäftszeichen*)
- Gab es schon vorher Strafverfahren? (*Gericht/Aktenzeichen*)
- Ist die Antragsgegnerin vorbestraft?
- Ist die Antragsgegnerin im Besitz einer Waffe?

Anm. 11

Da das Gesetz nur vor wiederholter Nachstellung schützt, sind entsprechende Vorfälle aus der Vergangenheit zu benennen (es handelt sich hierbei um das sogenannte „Stalking“).

Anm. 12

Hier muss deutlich gemacht werden, dass die Antragsgegnerin Kenntnis davon hat, gegen den erklärten Willen des Mannes zu handeln.

Anm. 13

Der Sachverhalt muss „glaubhaft“ gemacht werden, um das Gericht von der Wahrheit der Sachverhaltsschilderung zu überzeugen. Im Prinzip genügt die eidesstattliche Versicherung des antragstellenden Mannes. Es ist jedoch besser, wenn weitere Beweismittel vorhanden sind. Von daher ist es wichtig, alle vorhandenen Beweismittel, wie z. B. eidesstattliche Erklärungen von Zeugen, ärztliche Atteste (in Fotokopie) neben der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers beizufügen.

Anm. 14

In der „eidesstattlichen Versicherung“ versichert der Mann gegenüber dem Gericht, dass er den Sachverhalt wahrheitsgemäß geschildert hat.

Aus der eidesstattlichen Versicherung muss sich der Sachverhalt, dessen Richtigkeit versichert werden soll, ergeben. Daher ist nochmals eine Schilderung des Geschehens nötig. Sachverhaltsschilderungen überzeugen am meisten, wenn sie detailliert sind und der Betroffene den Sachverhalt in seinen eigenen Worten wiedergibt. Da falsche eidesstattliche Versicherungen strafbar sind, sollte die Schilderung des Geschehens möglichst genau sein, aber nur das enthalten, woran sich der Antragsteller sicher erinnert.

Die eidesstattliche Versicherung muss ferner die Erklärung enthalten, dass sie in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Erklärung an Eides statt abgegeben wird. Formulierungsvorschlag: „Ich weiß, dass eine falsche Erklärung an Eides statt strafbar ist. In Kenntnis dessen, erkläre ich Folgendes an Eides statt:...”

Anm. 15

Stellt der Mann den Antrag selbst, ist dieser Antrag dreifach und jeweils selbst unterschrieben bei Gericht einzureichen. Auch die Anlagen sind jeweils dreifach zu überreichen.

Anm. 16

Verfahren:

Das Gericht kann ohne Anhörung der Antragsgegnerin entscheiden. Es kann aber auch zur Sachaufklärung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, bei

dem der Mann mit der Antragsgegnerin zusammentrifft. Bei besonderer Gefährlichkeit der Antragsgegnerin kann das Gericht um besondere Schutzmaßnahmen gebeten werden. Es kann z.B. anordnen, dass ein Wachtmeister vor dem Sitzungssaal steht und/oder an der Sitzung teilnimmt.

Anwaltliche Vertretung ist im gesamten Verfahren nicht erforderlich.

Kosten:

Für das Verfahren entstehen Gerichtskosten (aus einem Verfahrenswert von 3.000 EUR für das Hauptverfahren) in Höhe von 30 EUR. Für das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entstehen keine eigenen Gerichtskosten, wohl aber Anwaltskosten. Die Höhe der Anwaltsgebühren kann nur grob geschätzt werden und hängt davon ab, welchen Ablauf das Verfahren nimmt. Der Richtwert für die anwaltliche Vertretung einer Partei beträgt 320 bis 365 EUR.

Ist dem Mann Prozesskostenhilfe bewilligt, braucht er keine Gerichtsgebühren zu entrichten und die Staatskasse übernimmt die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung. Trotz Bewilligung von Prozesskostenhilfe muss der Mann aber die Kosten einer Anwältin/eines Anwalts der Antragsgegnerin erstatten, wenn er im Verfahren unterliegt.

Ob der Antragsteller oder die Antragsgegnerin die Kosten zu tragen hat, hängt davon ab, ob das Gericht den Antrag für begründet erachtet. Grundsätzlich hat das Gericht bei der Kostenentscheidung einen Ermessensspielraum.

M2

ANTRAG AUF ZUWEISUNG EINER GEMEINSAM GENUTZTEN WOHNUNG IN FÄLLEN HÄUSLICHER GEWALT UND ERLASS EINER EINSTWEILIGEN ANORDNUNG

An das
Familiengericht/Amtsgericht¹⁾

Ort, Datum

**Antrag auf 1) Zuweisung der Wohnung gemäß § 2 GewSchG
2) Erlass einer einstweiligen Anordnung**

In Sachen

Antragsteller
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift²⁾
*oder bei konkreter Gefahr Anschrift auf gesondertem Blatt
mit der Bitte um Geheimhaltung beigelegt
oder Zustelladresse der Verfahrensbevollmächtigten angeben*

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigte/r:

gegen

Antragsgegnerin
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift

Antragsgegnerin

wegen Wohnungszuweisung

- ☐ beantrage ich
 - ☐ namens und in Vollmacht des Antragstellers
- in der Hauptsache
- ☐ und im Wege der einstweiligen Anordnung
 - ☐ wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung
- wie folgt zu beschließen:³⁾

- ☐
 - die gemeinsame Wohnung in
 - ☐ Straße.....
 - ☐ Ort.....
 - ☐ Stockwerk.....
 - ☐ rechts, links, Mitte, Wohnungsnummer.....
 - ☐ wird dem Antragsteller zur alleinigen Nutzung zugewiesen⁴⁾



Die Wohnungsüberlassung ist nicht zu befristen, da der Antragsteller alleiniger Mieter ist.



Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, die Wohnung sofort zu verlassen und sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel an den Antragsteller herauszugeben.



Der Antragsgegnerin wird untersagt, die Wohnung ohne Zustimmung des Antragstellers zu betreten.⁵⁾



Die einstweilige Anordnung ist sofort vollziehbar. Der Antragsteller kann sich zur Durchsetzung dieser einstweiligen Anordnung der Hilfe des Gerichtsvollziehers bedienen, der sich seinerseits der Hilfe der Polizei bedienen darf.



Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Betretungsverbot wird ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

Des Weiteren wird beantragt,



dem Antragsteller



unter Beiordnung der RA'in/des RA
Prozesskostenhilfe zu bewilligen.⁶⁾

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den dazugehörenden Belegen (Einkommen, Belastungen wie Miete, Versicherungen etc.) ist beigefügt.

Begründung:

☐ Bei den Parteien handelt es sich um

☐ Eheleute

☐ eine eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaft

☐ eine nichteheliche Lebensgemeinschaft

☐ Geschwister/sonstige Verwandte.....

☐ Sonstige⁷⁾

☐ Sie führen einen auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt bzw. die Auflösung dieses gemeinsamen Haushalts liegt nicht länger als sechs Monate zurück.

☐ Sie führten einen auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt, dessen Auflösung länger als sechs Monate zurückliegt.

Der Antragsteller ist am aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen.

☐ Die Antragsgegnerin ist am aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen.

☐ Der Antragsteller hat innerhalb von drei Monaten nach der unten geschilderten Tatsache schriftlich die Überlassung der Wohnung verlangt. ⁸⁾

☐ Den Mietvertrag für die Wohnung hat der Antragsteller allein abgeschlossen.

☐ Sonstiges ⁹⁾

Seit dem ¹⁰⁾ ist der Antragsteller massiven Übergriffen seitens der Antragsgegnerin ausgesetzt.

Die Antragsgegnerin hat den Antragsteller

- ☐ geschlagen
- ☐ beschimpft
- ☐ beleidigt
- ☐ mit dem Tode bedroht
- ☐ eingesperrt
- ☐

Die erlittenen Verletzungen/Beeinträchtigungen und der ausführliche Geschehensablauf werden wie folgt geschildert:

☐ Zeit
.....
.....

☐ Ort
.....
.....

☐ Folgen der Tat
.....
.....
.....
.....

- ☐ Auch in der Vergangenheit ist es schon zu folgenden Vorfällen gekommen:¹¹⁾

.....
.....
.....
.....

Zur Glaubhaftmachung¹²⁾ des oben geschilderten Vortrages bezieht sich der Antragsteller auf:

- ☐ eidesstattliche Versicherung des Antragstellers¹³⁾
☐ ärztliches Attest des/der vom
☐ Strafanzeigenerstattung bei der Polizei am, Az.:
☐ Sonstiges

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung ist dringend geboten, da weitere Verletzungen/Beeinträchtigungen durch die Antragsgegnerin zu befürchten sind.



Die Antragsgegnerin hat damit gedroht.....¹⁴⁾

- ☐ Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.¹⁵⁾
☐ Zwei einfache Durchschriften anbei.

- ☐ Unterschrift des Antragstellers
☐ RechtsanwältIn¹⁶⁾

Einzelne Hinweise zu Formular M2:

Anm. 1

Das Verfahren gehört nur dann vor das Familiengericht (in dessen Gerichtsbezirk die gemeinsame Wohnung liegt), wenn die häusliche Gemeinschaft von Antragsteller und Antragsgegnerin innerhalb der letzten sechs Monate noch bestanden hat. Verfahren der häuslichen Gemeinschaften, die vor mehr als sechs Monaten aufgelöst bzw. getrennt wurden, gehören vor das Amtsgericht. Der Antrag ist an das Amtsgericht zu richten, in dessen Gerichtsbezirk die Antragsgegnerin wohnt.

Der Antrag kann persönlich beim Gericht abgegeben, aber auch an das Gericht per Post geschickt werden. Ferner gibt es die Möglichkeit, den Antrag durch eine bei jedem Gericht befindliche Rechtsantragstelle aufnehmen zu lassen. Dort muss evtl. mit einer erheblichen Wartezeit gerechnet werden.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Mann den bereits ausgefüllten und unterschriebenen Antrag bei Gericht abgibt mit der Bitte um sofortige bzw. rasche Entscheidung. Sowohl bei der Antragstellung mit Hilfe der Rechtsantragstelle als auch bei Abgabe des ausgefüllten Antrags kann es sein, dass noch am Tag der Antragstellung ein richterlicher Beschluss ergeht. Der Richter oder die Richterin kann aber auch eine mündliche Verhandlung anberaumen, die dann voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erfolgt. Für den Fall, dass noch am gleichen Tag ein Beschluss erlassen wird, muss mit einer Wartezeit von insgesamt bis zu acht Stunden gerechnet werden.

Anm. 2

Die Anschrift des Mannes kann gegenüber der Antragsgegnerin geheimgehalten werden, wenn durch sie Gefahr für Leib oder Leben des Mannes oder der Kinder droht. Das Gericht muss auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hingewiesen werden. Die Geheimhaltung wird nur gewährt, wenn sich die Notwendigkeit anhand des Sachverhalts nachvollziehen lässt.

Anm. 3

Bei den in den Formularen aufgeführten Antragsalternativen handelt es sich um Formulierungsvorschläge. Welche Anträge Sie ankreuzen, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll und ob der geschilderte Sachverhalt dies rechtfertigt. Es dürfen jeweils nur die durch die bisherigen Vorfälle gedeckten Anträge angekreuzt werden.

Anm. 4

Eine unbefristete Wohnungsüberlassung kommt nur in Betracht, wenn der Antragsteller alleiniger Mieter der Wohnung ist. Eine Kopie des Mietvertrags ist beizufügen. Ansonsten sieht das Gesetz nur die Wohnungszuweisung zur Nutzung durch den Mann befristet für höchstens sechs Monate vor.

Anm. 5

Bei Vorliegen eines entsprechenden Sachverhalts ist es sinnvoll, Anträge auf Schutzmöglichkeiten für den Mann gemäß § 1 GewSchG (M1) zu stellen. Nur bei diesen Schutzanordnungen ist eine Bestrafung der Täterin gemäß § 4 GewSchG gegeben, wenn sie gegen zivilgerichtliche Beschlüsse verstößt.

Anm. 6

Ist der Mann finanziell nicht in der Lage, die Kosten des Verfahrens (vgl. hierzu unten die Anmerkung zu 16) zu tragen, muss er den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellen. Diesem Antrag ist ein amtliches Formular, die sogenannte Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das Formular erhält man bei jedem Gericht. Es muss ausgefüllt, unterschrieben und mit Belegen (Gehaltsbescheinigung, Höhe der Miete etc.) versehen werden.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den beigefügten Unterlagen wird nicht an die Antragsgegnerin weitergeleitet.

Anm. 7

Hier ist zu schildern, in welcher Beziehung/in welchem Bekanntschaftsverhältnis der Antragsteller und der Antragsgegnerin zueinander stehen.

Anm. 8

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Wohnungszuweisung ist nur möglich, wenn der Mann von der Antragsgegnerin nicht länger als drei Monate nach der Tat schriftlich die Überlassung der Wohnung verlangt hat.

Anm. 9

Hier sind Besonderheiten, wie z.B. gemeinsames Eigentum der Parteien, Miteigentum anderer Verwandter etc. noch zu benennen.

Anm. 10

Es ist besonders wichtig, das Geschehen umfassend und detailliert zu schildern.

Es muss klar sein, welche konkrete häusliche Gewalt an dem Mann und/oder den Kindern verübt wurde, ob Wiederholungsgefahr besteht und woraus sich diese ergibt. Der Sachverhalt muss möglichst genau geklärt und in Einzelheiten notiert werden:

- Wann ist was wo passiert?
- Wer war anwesend (*Name und Adressen von Zeugen*)?
- Gab es Verletzungen? Wenn ja: welche?
- Wurde ein Arzt aufgesucht? Wenn ja: wann? (*Name und Adresse des Arztes; Vorlage des Attestes*)
- Wurde die Polizei eingeschaltet?
- Wurde Anzeige erstattet? (*Welche Polizeidienststelle; Geschäftszeichen der Polizei*)
- Gibt es ein Strafverfahren? (*Aktenzeichen*)

- Gab es schon vorher Misshandlungen? (*Ggf. wann und welche Verletzungen*)
- Gab es schon vorher einen Polizeieinsatz/eine Anzeige? (*Institution/ Geschäftszeiten*)
- Gab es schon vorher Strafverfahren? (*Gericht/Aktenzeichen*)
- Ist die Antragsgegnerin vorbestraft?
- Ist die Antragsgegnerin im Besitz einer Waffe?

Anm. 11

Für den Fall, dass die letzte zur Antragstellung führende Misshandlung/Beeinträchtigung des Mannes nicht so schwerwiegend war wie frühere Vorfälle, sollten diese geschildert werden.

Anm. 12

Der Sachverhalt muss „glaubhaft“ gemacht werden, um das Gericht von der Wahrheit der Sachverhaltsschilderung zu überzeugen. Im Prinzip genügt die eidesstattliche Versicherung des antragstellenden Mannes. Es ist jedoch besser, wenn weitere Beweismittel vorhanden sind. Von daher ist es wichtig, alle vorhandenen Beweismittel, wie z. B. eidesstattliche Erklärungen von Zeugen, ärztliche Atteste (in Fotokopie) neben der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers beizufügen.

Anm. 13

In der „eidesstattlichen Versicherung“ versichert der Mann gegenüber dem Gericht, dass er den Sachverhalt wahrheitsgemäß geschildert hat.

Aus der eidesstattlichen Versicherung muss sich der Sachverhalt, dessen Richtigkeit versichert werden soll, ergeben. Daher ist nochmals eine Schilderung des Geschehens nötig. Sachverhaltsschilderungen überzeugen am meisten, wenn sie detailliert sind und der Betroffene den Sachverhalt in seinen eigenen Worten wiedergibt. Da falsche eidesstattliche Versicherungen strafbar sind, sollte die Schilderung des Geschehens möglichst genau sein, aber nur das enthalten, woran sich der Antragsteller sicher erinnert.

Die eidesstattliche Versicherung muss ferner die Erklärung enthalten, dass sie in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Erklärung an Eides statt abgegeben wird. Formulierungsvorschlag: „Ich weiß, dass eine falsche Erklärung an Eides statt strafbar ist. In Kenntnis dessen, erkläre ich Folgendes an Eides statt:...”

Anm. 14

Es empfiehlt sich, Angaben dazu zu machen, ob und wenn ja, in welcher Art und Weise die Antragsgegnerin damit gedroht hat, ihre Handlungen zu wiederholen.

Anm. 15

Stellt der Mann den Antrag selbst, ist dieser Antrag dreifach und jeweils selbst unterschrieben bei Gericht einzureichen. Auch die Anlagen sind jeweils dreifach zu überreichen.

Anm. 16

Verfahren:

Das Gericht kann ohne Anhörung der Antragsgegnerin entscheiden. Es kann aber auch zur Sachaufklärung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, bei dem der Mann mit der Antragsgegnerin zusammentrifft. Bei besonderer Gefährlichkeit der Antragsgegnerin kann das Gericht um besondere Schutzmaßnahmen gebeten werden. Es kann z. B. anordnen, dass ein Wachtmeister vor dem Sitzungssaal steht und/oder an der Sitzung teilnimmt.

Anwaltliche Vertretung ist im gesamten Verfahren nicht erforderlich.

Kosten:

Für das Verfahren entstehen Gerichtskosten (aus einem Verfahrenswert vom Dreifachen der Kaltmiete) für das Hauptverfahren. Für das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entstehen keine eigenen Gerichtskosten, wohl aber Anwaltskosten. Die Höhe der Anwaltsgebühren kann nur grob geschätzt werden und hängt davon ab, welchen Ablauf das Verfahren nimmt.

Ist dem Mann Prozesskostenhilfe bewilligt, braucht er keine Gerichtsgebühren zu entrichten und die Staatskasse übernimmt die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung. Trotz Bewilligung von Prozesskostenhilfe muss der Mann aber die Kosten einer Anwältin/eines Anwalts der Antragsgegnerin erstatten, wenn er im Verfahren unterliegt.

Ob der Antragsteller oder die Antragsgegnerin die Kosten zu tragen hat, hängt davon ab, ob das Gericht den Antrag für begründet erachtet. Grundsätzlich hat das Gericht bei der Kostenentscheidung einen Ermessensspielraum.

M3

ANTRAG FÜR SCHUTZANORDNUNG IN FÄLLEN HÄUSLICHER GEWALT IM WEGE DER EINSTWEILIGEN ANORDNUNG IM SCHEIDUNGSVERFAHREN

An das
Familiengericht¹⁾

Ort, Datum

**Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung
im Scheidungsverfahren, Az.:²⁾**

In Sachen

Antragsteller
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift³⁾
*oder bei konkreter Gefahr Anschrift auf gesondertem Blatt
mit der Bitte um Geheimhaltung beigelegt
oder Zustelladresse der Verfahrensbevollmächtigten angeben*

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigte/r:

gegen

Antragsgegnerin
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift

Antragsgegnerin

wegen Unterlassung gemäß § 1 GewSchG

- ☐ beantrage ich
- ☐ namens und in Vollmacht des Antragstellers
- ☐ den Erlass einer einstweiligen Anordnung im Scheidungsverfahren gemäß § 620 Satz 1 Nr. 5 oder 7 ZPO
- ☐ wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung, mit der folgendes angeordnet wird:⁴⁾



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, den

☐ Antragsteller

☐ Kinder⁵⁾

.....
zu bedrohen, zu verletzen oder sonst körperlich zu misshandeln.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, den

☐ Antragsteller

☐ Kinder

zu demütigen und einzusperren.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, mit dem Antragsteller in irgendeiner Form Kontakt aufzunehmen, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln. Im Einzelnen wird der Antragsgegnerin untersagt,

a) den Antragsteller anzurufen,

b) den Antragsteller anzusprechen,

c) dem Antragsteller Faxe zu übermitteln,

d) dem Antragsteller Telegramme zu übersenden,

e) dem Antragsteller E-Mails zu senden,

f) dem Antragsteller SMS zu senden.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, sich der Wohnung/dem Arbeitsplatz/dem Wohnsitz der Eltern/Verwandten/Freunde des Antragstellers in auf eine Entfernung von Metern zu nähern.



Dies gilt auch für folgende Orte: ⁶⁾



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, das Haus, in dem sich die Wohnung des Antragstellers befindet, zu betreten oder sich auf der Straße vor dem Haus/gegenüber dem Grundstück aufzuhalten.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, das Haus....., in dem sich

☐ die Kindertagesstätte



des/der Kindes/Kinder befindet, zu betreten oder auf der Straße vor dem Haus zu warten.



Die Antragsgegnerin hat es zu unterlassen, sich dem Antragsteller und/oder den Kindern außerhalb der Wohnung auf eine Entfernung von ... Metern zu nähern, sie auf der Straße anzusprechen, ihnen zu folgen, ihnen hinterherzurufen.

Sollte es zu zufälligen Begegnungen kommen, so hat die Antragsgegnerin sofort den festgelegten Abstand herzustellen und einzuhalten.



Der Antragsgegnerin wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen diese einstweilige Anordnung die Verhängung eines Ordnungsgeldes bis zu 250.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder sogleich Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

Des Weiteren wird beantragt,

☐ dem Antragsteller

☐ unter Beiordnung der RA'in/des RA Prozesskostenhilfe zu bewilligen.⁷⁾

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen (Einkommen, Belastungen wie Miete, Versicherungen etc.) ist beigelegt.

Begründung:

- ☐ Bei den Parteien handelt es sich um Eheleute, die seit dem getrennt leben.
- ☐ Ein Scheidungsverfahren ist ab dem unter dem Az. /.. anhängig.

Seit dem ist der Antragsteller massiven Übergriffen seitens der Antragsgegnerin ausgesetzt.

Die Antragsgegnerin hat den Antragsteller

- ☐ geschlagen
- ☐ beschimpft
- ☐ beleidigt
- ☐ mit dem Tode bedroht
- ☐ eingesperrt
- ☐

Auch die räumliche Trennung hat hieran nichts geändert. Der Antragsteller ist weiterhin ganz massiven Beeinträchtigungen ausgesetzt.

Der Antragsteller schildert die erlittenen Verletzungen/Beeinträchtigungen und den ausführliche Geschehensablauf wie folgt:⁸⁾

- ☐ Zeit
.....
.....
- ☐ Ort
.....
.....
- ☐ Folgen der Tat
.....
.....
.....
.....

- ☐ Auch in der Vergangenheit ist es schon zu folgenden Vorfällen gekommen⁹⁾:

.....
.....
.....
.....

Zur Glaubhaftmachung¹⁰⁾ des oben geschilderten Vortrages wird beigefügt:

- ☐ eidesstattliche Versicherung des Antragstellers¹¹⁾
☐ ärztliches Attest des/der vom
☐ Strafanzeigenerstattung bei der Polizei am, Az.:
☐ Sonstiges

Aufgrund des geschilderten Verhaltens und der Äußerungen der Antragsgegnerin besteht die Gefahr, dass diese den Antragsteller und das/die Kind/er erneut physisch und psychisch verletzen wird.

- ☐ Hierbei ist auch das Wohl der im Haushalt lebenden Kinder zu berücksichtigen.
☐ Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.¹²⁾
☐ Zwei einfache Durchschriften anbei.

- ☐ Unterschrift des Antragsteller
☐ RechtsanwältIn¹³⁾

Einzelne Hinweise zu Formular M3:

Anm. 1

Der Antrag ist an das Familiengericht zu richten, bei dem das Scheidungsverfahren läuft.

Der Antrag kann persönlich beim Gericht abgegeben, aber auch an das Gericht per Post geschickt werden. Ferner gibt es die Möglichkeit, den Antrag durch eine bei jedem Gericht befindliche Rechtsantragstelle aufnehmen zu lassen. Dort muss evtl. mit einer erheblichen Wartezeit gerechnet werden.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Mann den bereits ausgefüllten und unterschriebenen Antrag bei Gericht abgibt mit der Bitte um sofortige bzw. rasche Entscheidung. Sowohl bei der Antragstellung mit Hilfe der Rechtsantragstelle als auch bei Abgabe des ausgefüllten Antrags kann es sein, dass noch am Tag der Antragstellung ein richterlicher Beschluss ergeht. Der Richter oder die Richterin kann aber auch eine mündliche Verhandlung anberaumen, die dann voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erfolgt. Für den Fall, dass noch am gleichen Tag ein Beschluss erlassen wird, muss mit einer Wartezeit von insgesamt bis zu acht Stunden gerechnet werden.

Anm. 2

Hier ist das Aktenzeichen des Scheidungsverfahrens anzugeben.

Anm. 3

Die Anschrift des Mannes kann gegenüber der Antragsgegnerin geheimgehalten werden, wenn durch sie Gefahr für Leib oder Leben des Mannes oder der Kinder droht. Das Gericht muss auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hingewiesen werden. Die Geheimhaltung wird nur gewährt, wenn sich die Notwendigkeit anhand des Sachverhalts nachvollziehen lässt.

Anm. 4

Bei den in den Formularen aufgeführten Antragsalternativen handelt es sich um Formulierungsvorschläge. Welche Anträge Sie ankreuzen, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll und ob der geschilderte Sachverhalt dies rechtfertigt. Es dürfen jeweils nur die durch die bisherigen Vorfälle gedeckten Anträge angekreuzt werden.

Anm. 5

Namen und Geburtsdaten der Kinder angeben.

Anm. 6

Die Orte, an denen sich der Antragsteller regelmäßig aufhält, sind genau zu benennen und mit Adresse zu bezeichnen (z.B. Sport-Studio, Supermarkt etc.).

Anm. 7

Ist der Mann finanziell nicht in der Lage, die Kosten des Verfahrens (vgl. hierzu unten die Anmerkung zu 13) zu tragen, muss er den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellen. Diesem Antrag ist ein amtliches Formular, die sogenannte Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das Formular erhält man bei jedem Gericht. Es muss ausgefüllt, unterschrieben und mit Belegen (Gehaltsbescheinigung, Höhe der Miete etc.) versehen werden.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den beigefügten Unterlagen wird nicht an die Antragsgegnerin weitergeleitet.

Anm. 8

Es ist besonders wichtig, das Geschehen umfassend und detailliert zu schildern. Es muss klar sein, welche konkrete häusliche Gewalt an dem Mann und/oder den Kindern verübt wurde, ob Wiederholungsgefahr besteht und woraus sich diese ergibt. Der Sachverhalt muss möglichst genau geklärt und in Einzelheiten notiert werden:

- Wann ist was wo passiert?
- Wer war anwesend (*Name und Adressen von Zeugen*)?
- Gab es Verletzungen? Wenn ja: welche?
- Wurde ein Arzt aufgesucht? Wenn ja: wann? (*Name und Adresse des Arztes; Vorlage des Attestes*)
- Wurde die Polizei eingeschaltet?
- Wurde Anzeige erstattet? (*Welche Polizeidienststelle; Geschäftszeichen der Polizei*)
- Gibt es ein Strafverfahren? (*Aktenzeichen*)
- Gab es schon vorher Misshandlungen? (*Ggf. wann und welche Verletzungen*)
- Gab es schon vorher einen Polizeieinsatz/eine Anzeige? (*Institution/ Geschäftszeichen*)
- Gab es schon vorher Strafverfahren? (*Gericht/Aktenzeichen*)
- Ist die Antragsgegnerin vorbestraft?
- Ist die Antragsgegnerin im Besitz einer Waffe?

Anm. 9

Für den Fall, dass die letzte zur Antragstellung führende Misshandlung/Beeinträchtigung des Mannes nicht so schwerwiegend war wie bei früheren Vorfällen, sollten diese geschildert werden.

Anm. 10

Der Sachverhalt muss „glaubhaft“ gemacht werden, um das Gericht von der Wahrheit der Sachverhaltsschilderung zu überzeugen. Im Prinzip genügt die eidesstattliche Versicherung des antragstellenden Mannes. Es ist jedoch besser, wenn weitere Beweismittel vorhanden sind. Von daher ist es wichtig, alle vorhandenen Beweismittel, wie z. B. eidesstattliche Erklärungen von Zeugen (wie Nachbarn, Arbeitskollegen, Verwandten etc.), ärztliche Atteste (in Fotokopie) neben der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers beizufügen.

Anm. 11

In der „eidesstattlichen Versicherung“ versichert der Mann gegenüber dem Gericht, dass er den Sachverhalt wahrheitsgemäß geschildert hat.

Aus der eidesstattlichen Versicherung muss sich der Sachverhalt, dessen Richtigkeit versichert werden soll, ergeben. Daher ist nochmals eine Schilderung des Geschehens nötig. Sachverhaltsschilderungen überzeugen am meisten, wenn sie detailliert sind und der Betroffene den Sachverhalt in seinen eigenen Worten wiedergibt. Da falsche eidesstattliche Versicherungen strafbar sind, sollte die Schilderung des Geschehens möglichst genau sein, aber nur das enthalten, woran sich der Antragsteller sicher erinnert.

Die eidesstattliche Versicherung muss ferner die Erklärung enthalten, dass sie in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Erklärung an Eides statt abgegeben wird. Formulierungsvorschlag: „Ich weiß, dass eine falsche Erklärung an Eides statt strafbar ist. In Kenntnis dessen erkläre ich Folgendes an Eides statt:...”

Anm. 12

Stellt der Mann den Antrag selbst, ist dieser Antrag dreifach und jeweils selbst unterschrieben bei Gericht einzureichen. Auch die Anlagen sind jeweils dreifach zu überreichen.

Anm. 13

Verfahren:

Das Gericht kann ohne Anhörung der Antragsgegnerin entscheiden. Es kann aber auch zur Sachaufklärung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, bei dem der Mann mit der Antragsgegnerin zusammentrifft. Im Termin zur mündlichen Verhandlung muss sich der Mann durch eine/n Rechtsanwalt/Rechtsanwältin vertreten lassen. Bei besonderer Gefährlichkeit der Antragsgegnerin kann das Gericht um besondere Schutzmaßnahmen gebeten werden. Es kann z. B. anordnen, dass ein Wachtmeister vor dem Sitzungssaal steht und/oder an der Sitzung teilnimmt.

Kosten:

Für das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entstehen Gerichtskosten bis zu 35 EUR und Anwaltsgebühren. Die Höhe der Anwaltsgebühren hängt (aus einem Verfahrenswert von 500 EUR) davon ab, welchen Ablauf das Verfahren nimmt. Der Richtwert für die anwaltliche Vertretung einer Partei beträgt bis zu 128 EUR. Welcher Ehegatte diese Kosten zu tragen hat, entscheidet das Gericht am Ende des gesamten Scheidungsverfahrens. In der Regel trägt jeder Ehegatte die eigenen Anwaltskosten und die Hälfte der Gerichtskosten.

Ist dem Mann Prozesskostenhilfe bewilligt, braucht er keine Gerichtsgebühren zu entrichten und die Staatskasse übernimmt die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung. Trotz Bewilligung von Prozesskostenhilfe muss der Mann aber die Kosten einer Anwältin/eines Anwalts der Antragsgegnerin erstatten, wenn er im Verfahren unterliegt.

M4

ANTRAG AUF ZUWEISUNG DER EHEWOHNUNG IM WEGE DER EINSTWEILIGEN ANORDNUNG IM SCHEIDUNGSVERFAHREN

An das
Familiengericht¹⁾

Ort, Datum

**Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung
im Scheidungsverfahren, Az.:²⁾**

In Sachen

Antragsteller
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift³⁾
*oder bei konkreter Gefahr Anschrift auf gesondertem Blatt
mit der Bitte um Geheimhaltung beigelegt
oder Zustelladresse der Verfahrensbevollmächtigten angeben*

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigte/r:

gegen

Antragsgegnerin
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift

Antragsgegnerin

wegen Zuweisung der Ehewohnung

- ☐ beantrage ich
- ☐ namens und in Vollmacht des Antragstellers
- ☐ den Erlass einer einstweiligen Anordnung im Scheidungsverfahren gemäß
§ 620 Satz 1 Nr. 7 ZPO
- ☐ wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung:⁴⁾

- ☐
Die eheliche Wohnung in
 - ☐ Straße.....
 - ☐ Ort.....
 - ☐ Stockwerk.....
 - ☐ rechts, links, Mitte, Wohnungsnummer.....

wird für die Zeit des Getrenntlebens bis zur Rechtskraft der Scheidung dem
Antragsteller zur alleinigen Nutzung zugewiesen.



Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, die Wohnung sofort zu verlassen und sämtliche zur Ehewohnung gehörenden Schlüssel an den Antragsteller herauszugeben.



Der Antragsgegnerin wird untersagt, die Ehewohnung ohne Zustimmung des Antragstellers zu betreten.⁵⁾



Die einstweilige Anordnung ist sofort vollziehbar. Der Antragsteller kann sich zur Durchsetzung dieser einstweiligen Anordnung der Hilfe des Gerichtsvollziehers bedienen, der sich seinerseits der Hilfe der Polizei bedienen darf.



Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Betretungsverbot wird ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

Des Weiteren wird beantragt,



dem Antragsteller



unter Beiordnung der RA'in/des RA.....
Prozesskostenhilfe zu bewilligen.⁶⁾

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen (Einkommen, Belastungen wie Miete, Versicherungen etc.) ist beigefügt.

Begründung:

☐ Bei den Parteien handelt es sich um Eheleute.

☐ Ein Scheidungsverfahren ist seit dem unter dem Az. /...
anhängig.

☐ Der Antragsteller ist am aus der gemeinsamen Wohnung
ausgezogen und hat innerhalb der darauf folgenden sechs Monaten der Antrags-
gegnerin gegenüber seinen Rückkehrwillen bekanntgegeben.⁷⁾

☐ Die Antragsgegnerin ist am aus der gemeinsamen Wohnung
ausgezogen.

☐ Die Parteien leben innerhalb der Ehewohnung getrennt.

☐ Den Mietvertrag für die Ehewohnung hat der Antragsteller allein abgeschlossen.

☐ Den Mietvertrag für die gemeinsame Wohnung haben die Parteien gemeinsam ab-
geschlossen.

☐ Sonstiges:⁸⁾
.....

Seit dem⁹⁾ ist der Antragsteller massiven Übergriffen seitens der Antragsgegnerin ausgesetzt.

Die Antragsgegnerin hat den Antragsteller

- ☐ geschlagen
- ☐ beschimpft
- ☐ beleidigt
- ☐ mit dem Tode bedroht
- ☐ eingesperrt
- ☐

Die erlittenen Verletzungen/Beeinträchtigungen und der ausführliche Geschehensablauf werden wie folgt geschildert:

☐ Zeit
.....
.....

☐ Ort
.....
.....

☐ Folgen der Tat
.....
.....
.....
.....

☐ Auch in der Vergangenheit ist es schon zu folgenden Vorfällen gekommen¹⁰⁾.
.....
.....
.....
.....

Zur Glaubhaftmachung¹¹⁾ des oben geschilderten Vortrages wird beigefügt:

- ☐ eidesstattliche Versicherung des Antragstellers¹²⁾
- ☐ ärztliches Attest des/der vom
- ☐ Strafanzeigenerstattung bei der Polizei am, Az.:
- ☐ Sonstiges

Aufgrund des geschilderten Verhaltens und der Äußerungen der Antragsgegnerin besteht die Gefahr, dass diese den Antragsteller und das/die Kind/er erneut physisch und psychisch verletzen wird. Dem Antragsteller ist die Wohnung insgesamt zuzuweisen, da davon auszugehen ist, dass bei einer Teilung der Wohnung die Antragsgegnerin dessen Nutzungsrecht erschweren bzw. vereiteln wird.

Der weitere Verbleib der Antragsgegnerin in der Ehewohnung stellt für den Antragsteller eine unbillige Härte im Sinne von § 1361b BGB dar.

☐ Hierbei ist auch das Wohl der im Haushalt lebenden Kinder zu berücksichtigen.

Ein weiteres Abwarten ist ihm wegen der massiven Bedrohung seitens der Antragsgegnerin nicht zumutbar.

☐ Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.¹³⁾

☐ Zwei einfache Durchschriften anbei.

☐ *Unterschrift des Antragstellers*

☐ *RechtsanwältIn*¹³⁾

Einzelne Hinweise zu Formular M4:

Anm. 1

Das Verfahren gehört immer vor das Familiengericht (in dessen Gerichtsbezirk die gemeinsame Wohnung liegt).

Der Antrag kann persönlich beim Gericht abgegeben, aber auch an das Gericht per Post geschickt werden. Ferner gibt es die Möglichkeit, den Antrag durch eine bei jedem Gericht befindliche Rechtsantragstelle aufnehmen zu lassen. Dort muss evtl. mit einer erheblichen Wartezeit gerechnet werden.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Mann den bereits ausgefüllten und unterschriebenen Antrag bei Gericht abgibt mit der Bitte um sofortige bzw. rasche Entscheidung. Sowohl bei der Antragstellung mit Hilfe der Rechtsantragstelle als auch bei Abgabe des ausgefüllten Antrags kann es sein, dass noch am Tag der Antragstellung ein richterlicher Beschluss ergeht. Der Richter oder die Richterin kann aber auch eine mündliche Verhandlung anberaumen, die dann voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erfolgt. Für den Fall, dass noch am gleichen Tag ein Beschluss erlassen wird, muss mit einer Wartezeit von insgesamt bis zu acht Stunden gerechnet werden.

Anm. 2

Hier ist das Aktenzeichen des Scheidungsverfahrens anzugeben.

Anm. 3

Die Anschrift des Mannes kann gegenüber der Antragsgegnerin geheimgehalten werden, wenn durch sie Gefahr für Leib oder Leben des Mannes oder der Kinder droht. Das Gericht muss auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hingewiesen werden. Die Geheimhaltung wird nur gewährt, wenn sich die Notwendigkeit anhand des Sachverhalts nachvollziehen lässt.

Anm. 4

Bei den in den Formularen aufgeführten Antragsalternativen handelt es sich um Formulierungsvorschläge. Welche Anträge Sie ankreuzen, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll und ob der geschilderte Sachverhalt dies rechtfertigt. Es dürfen jeweils nur die durch die bisherigen Vorfälle gedeckten Anträge angekreuzt werden.

Anm. 5

Bei Vorliegen eines entsprechenden Sachverhaltes ist es sinnvoll, Anträge auf Schutzmöglichkeiten für den Frau gemäß § 1 GewSchG (M1) zu stellen. Nur bei den Schutzanordnungen ist eine Bestrafung der Täterin gemäß § 4 GewSchG gegeben, wenn sie gegen die zivilrechtliche Schutzanordnung verstößt.

Anm. 6

Ist der Mann finanziell nicht in der Lage, die Kosten des Verfahrens (vgl. hierzu unten die Anmerkung zu 14) zu tragen, muss er den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellen. Diesem Antrag ist ein amtliches Formular, die sogenannte Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das Formular erhält man bei jedem Gericht. Es muss ausgefüllt, unterschrieben und mit Belegen (Gehaltsbescheinigung, Höhe der Miete etc.) versehen werden.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den beigefügten Unterlagen werden nicht an die Antragsgegnerin weitergeleitet.

Anm. 7

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Wohnungszuweisung ist nur möglich, wenn der Auszug des Mannes aus der gemeinsamen Ehwohnung entweder nicht länger als sechs Monate zurückliegt oder aber er der Antragsgegnerin gegenüber bereits früher ernstlich seine Rückkehrabsicht bekannt gegeben hat.

Anm. 8

Hier sind Besonderheiten, wie z.B. gemeinsames Eigentum der Eheleute, Miteigentum anderer Verwandter etc., noch zu benennen. Wenn möglich, sollte der Mietvertrag dem Gericht vorgelegt werden.

Anm. 9

Es ist besonders wichtig, das Geschehen umfassend und detailliert zu schildern. Es muss klar sein, welche konkrete häusliche Gewalt an dem Frau und/oder den Kindern verübt wurde. Der Sachverhalt muss möglichst genau geklärt und in Einzelheiten notiert werden:

- Wann ist was wo passiert?
- Wer war anwesend (*Name und Adressen von Zeugen*)?
- Gab es Verletzungen? Wenn ja: welche?
- Wurde ein Arzt aufgesucht? Wenn ja: wann? (*Name und Adresse des Arztes; Vorlage des Attestes*)
- Wurde die Polizei eingeschaltet?
- Wurde Anzeige erstattet? (*Welche Polizeidienststelle; Geschäftszeichen der Polizei*)
- Gibt es ein Strafverfahren? (*Aktenzeichen*)
- Gab es schon vorher Misshandlungen? (*Ggf. wann und welche Verletzungen*)
- Gab es schon vorher einen Polizeieinsatz/eine Anzeige? (*Institution/ Geschäftszeichen*)
- Gab es schon vorher Strafverfahren? (*Gericht/Aktenzeichen*)
- Ist die Antragsgegnerin vorbestraft?
- Ist die Antragsgegnerin im Besitz einer Waffe?

Anm. 10

Für den Fall, dass die letzte zur Antragstellung führende Misshandlung/Beeinträchtigung des Mannes nicht so schwerwiegend war wie bei früheren Vorfällen, sollten diese geschildert werden.

Anm. 11

Der Sachverhalt muss „glaubhaft“ gemacht werden, um das Gericht von der Wahrheit der Sachverhaltsschilderung zu überzeugen. Im Prinzip genügt die eidesstattliche Versicherung des antragstellenden Mannes. Es ist jedoch besser, wenn weitere Beweismittel vorhanden sind. Von daher ist es wichtig, alle vorhandenen Beweismittel, wie z. B. eidesstattliche Erklärungen von Zeugen, ärztliche Atteste (in Fotokopie) neben der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers beizufügen.

Anm. 12

In der „eidesstattlichen Versicherung“ versichert der Mann gegenüber dem Gericht, dass er den Sachverhalt wahrheitsgemäß geschildert hat.

Aus der eidesstattlichen Versicherung muss sich der Sachverhalt, dessen Richtigkeit versichert werden soll, ergeben. Daher ist nochmals eine Schilderung des Geschehens nötig. Sachverhaltsschilderungen überzeugen am meisten, wenn sie detailliert sind und der Betroffene den Sachverhalt in seinen eigenen Worten wiedergibt. Da falsche eidesstattliche Versicherungen strafbar sind, sollte die Schilderung des Geschehens möglichst genau sein, aber nur das enthalten, woran sich der Antragsteller sicher erinnert.

Die eidesstattliche Versicherung muss ferner die Erklärung enthalten, dass sie in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Erklärung an Eides statt abgegeben wird. Formulierungsvorschlag: „Ich weiß, dass eine falsche Erklärung an Eides statt strafbar ist. In Kenntnis dessen, erkläre ich Folgendes an Eides statt:...“

Anm. 13

Stellt der Mann den Antrag selbst, ist dieser Antrag dreifach und jeweils selbst unterschrieben bei Gericht einzureichen. Auch die Anlagen sind jeweils dreifach zu überreichen.

Anm. 14

Verfahren:

Das Gericht kann ohne Anhörung der Antragsgegnerin entscheiden. Es kann aber auch zur Sachaufklärung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, bei dem der Mann mit der Antragsgegnerin zusammentrifft. Im Termin zur mündlichen Verhandlung muss sich der Mann durch eine/n Rechtsanwalt/Rechtsanwältin vertreten lassen. Bei besonderer Gefährlichkeit der Antragsgegnerin kann das Gericht um besondere Schutzmaßnahmen gebeten werden. Es kann z. B. anordnen, dass ein Wachtmeister vor dem Sitzungssaal steht und/oder an der Sitzung teilnimmt.

Kosten:

Für das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entstehen Gerichtskosten und Anwaltsgebühren, die von der Höhe der Kaltmiete (dreifacher Wert) und vom Ablauf des Verfahrens abhängen.

Welcher Ehegatte diese Kosten zu tragen hat, entscheidet das Gericht am Ende des gesamten Scheidungsverfahrens. In der Regel trägt jeder Ehegatte die eigenen Anwaltskosten und die Hälfte der Gerichtskosten.

Ist dem Mann Prozesskostenhilfe bewilligt, braucht er keine Gerichtsgebühren zu entrichten und die Staatskasse übernimmt die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung.

M5

ANTRAG AUF ZUWEISUNG DER EHEWOHNUNG IM ISOLIERTEN WOHNUNGSZUWEISUNGSVERFAHREN UND ERLASS EINER EINSTWEILIGEN ANORDNUNG

An das
Familiengericht¹⁾

Ort, Datum

**Antrag auf 1) Zuweisung der Ehewohnung
2) Erlass einer einstweiligen Anordnung**

In Sachen

Antragsteller
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift²⁾
*oder bei konkreter Gefahr Anschrift auf gesondertem Blatt
mit der Bitte um Geheimhaltung beigelegt
oder Zustelladresse der Verfahrensbevollmächtigten angeben*

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigte/r:

gegen

Antragsgegnerin
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift

Antragsgegnerin

wegen Zuweisung der Ehewohnung

- ☐ beantrage ich
☐ namens und in Vollmacht des Antragstellers
in der Hauptsache
☐ und im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 1361b BGB iVm § 621g ZPO
☐ wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung
wie folgt zu beschließen:³⁾

- ☐
Die eheliche Wohnung in³⁾
☐ Straße.....
☐ Ort.....
☐ Stockwerk.....
☐ rechts, links, Mitte, Wohnungsnummer.....

wird für die Zeit des Getrenntlebens bis zur Rechtskraft der Scheidung dem
Antragsteller zur alleinigen Nutzung zugewiesen.



Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, die Wohnung sofort zu verlassen und sämtliche zur Ehewohnung gehörenden Schlüssel an den Antragsteller herauszugeben.



Der Antragsgegnerin wird untersagt, die Ehewohnung ohne Zustimmung des Antragstellers zu betreten.⁴⁾



Die einstweilige Anordnung ist sofort vollziehbar. Der Antragsteller kann sich zur Durchsetzung dieser einstweiligen Anordnung der Hilfe des Gerichtsvollziehers bedienen, der sich seinerseits der Hilfe der Polizei bedienen darf.



Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Betretungsverbot wird ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

Des Weiteren wird beantragt,



dem Antragsteller



unter Beiordnung der RA'in/des RA.....
Prozesskostenhilfe zu bewilligen.⁵⁾

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen (Einkommen, Belastungen wie Miete, Versicherungen etc.) ist beigelegt.

Begründung:

☐ Bei den Parteien handelt es sich um Eheleute.

☐ Ein familiengerichtliches Verfahren ist unter dem Az...../..... anhängig/

☐ wird gleichzeitig anhängig gemacht.

☐ Der Antragsteller ist am aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen und hat innerhalb der darauf folgenden sechs Monate der Antragsgegnerin gegenüber seinen Rückkehrwillen bekanntgegeben.⁶⁾

☐ Die Antragsgegnerin ist am aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen.

☐ Die Parteien leben noch zusammen, der Antragsteller möchte sich aber trennen.

☐ Den Mietvertrag für die Ehewohnung hat der Antragsteller allein abgeschlossen.

☐ Den Mietvertrag für die gemeinsame Wohnung haben die Parteien gemeinsam abgeschlossen.

☐ Sonstiges:⁷⁾.....
.....

Seit dem⁸⁾ ist der Antragsteller massiven Übergriffen seitens der Antragsgegnerin ausgesetzt.

Die Antragsgegnerin hat den Antragsteller

- ☐ geschlagen
- ☐ beschimpft
- ☐ beleidigt
- ☐ mit dem Tode bedroht
- ☐ eingesperrt
- ☐

Die erlittenen Verletzungen/Beeinträchtigungen und der ausführliche Geschehensablauf werden wie folgt geschildert:

☐ Zeit
.....
.....

☐ Ort
.....
.....

☐ Folgen der Tat
.....
.....
.....
.....

☐ Auch in der Vergangenheit ist es schon zu folgenden Vorfällen gekommen:⁹⁾
.....
.....
.....
.....

Zur Glaubhaftmachung¹⁰⁾ des oben geschilderten Vortrages wird beigelegt:

- ☐ eidesstattliche Versicherung des Antragstellers¹¹⁾
- ☐ ärztliches Attest des/der vom
- ☐ Strafanzeigenerstattung bei der Polizei am, Az.:
- ☐ Sonstiges

Aufgrund des geschilderten Verhaltens und der Äußerungen der Antragsgegnerin besteht die Gefahr, dass diese den Antragsteller und das/die Kind/er erneut physisch und psychisch verletzen wird. Deshalb ist dem Antragsteller die Wohnung insgesamt zuzuweisen, da davon auszugehen ist, dass bei einer Teilung der Wohnung die Antragsgegnerin das Nutzungsrecht erschweren bzw. vereiteln wird.

Der weitere Verbleib der Antragsgegnerin in der Ehewohnung stellt für den Antragsteller eine unbillige Härte im Sinne von § 1361b BGB dar.

☐ Hierbei ist auch das Wohl der im Haushalt lebenden Kinder zu berücksichtigen.

Ein Abwarten der Hauptsacheentscheidung ist dem Antragsteller wegen der massiven Bedrohung seitens der Antragsgegnerin nicht zumutbar.

☐ Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.¹²⁾

☐ Zwei einfache Durchschriften anbei.

☐ *Unterschrift des Antragstellers*

☐ *RechtsanwältIn*¹³⁾

Einzelne Hinweise zu Formular M5:

Anm. 1

Das Verfahren gehört nur immer das Familiengericht (in dessen Gerichtsbezirk die gemeinsame Wohnung liegt).

Der Antrag kann persönlich beim Gericht abgegeben, aber auch an das Gericht per Post geschickt werden. Ferner gibt es die Möglichkeit, den Antrag durch eine bei jedem Gericht befindliche Rechtsantragstelle aufnehmen zu lassen. Dort muss evtl. mit einer erheblichen Wartezeit gerechnet werden.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Mann den bereits ausgefüllten und unterschriebenen Antrag bei Gericht abgibt mit der Bitte um sofortige bzw. rasche Entscheidung. Sowohl bei der Antragstellung mit Hilfe der Rechtsantragstelle als auch bei Abgabe des ausgefüllten Antrags kann es sein, dass noch am Tag der Antragstellung ein richterlicher Beschluss ergeht. Der Richter oder die Richterin kann aber auch eine mündliche Verhandlung anberaumen, die dann voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erfolgt. Für den Fall, dass noch am gleichen Tag ein Beschluss erlassen wird, muss mit einer Wartezeit von insgesamt bis zu acht Stunden gerechnet werden.

Anm. 2

Die Anschrift des Mannes kann gegenüber der Antragsgegnerin geheimgehalten werden, wenn durch sie Gefahr für Leib oder Leben des Mannes oder der Kinder droht. Das Gericht muss auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hingewiesen werden. Die Geheimhaltung wird nur gewährt, wenn sich die Notwendigkeit anhand des Sachverhalts nachvollziehen lässt.

Anm. 3

Bei den in den Formularen aufgeführten Antragsalternativen handelt es sich um Formulierungsvorschläge. Welche Anträge Sie ankreuzen, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll und ob der geschilderte Sachverhalt dies rechtfertigt. Es dürfen jeweils nur die durch die bisherigen Vorfälle gedeckten Anträge angekreuzt werden.

Anm. 4

Bei Vorliegen eines entsprechenden Sachverhaltes ist es sinnvoll, Anträge auf Schutzmöglichkeiten für den Mann gemäß § 1 GewSchG (M1) zu stellen. Nur bei diesen Schutzanordnungen ist eine Bestrafung der Täterin gemäß § 4 GewSchG gegeben, wenn sie gegen zivilgerichtliche Beschlüsse verstößt.

Anm. 5

Ist der Mann finanziell nicht in der Lage, die Kosten des Verfahrens (vgl. hierzu unten die Anmerkung zu 13) zu tragen, muss er den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellen. Diesem Antrag ist ein amtliches Formular, die sogenannte Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das Formular erhält man bei jedem Gericht. Es muss ausgefüllt, unterschrieben und mit Belegen (Gehaltsbescheinigung, Höhe der Miete etc.) versehen werden.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den beigefügten Unterlagen wird nicht an die Antragsgegnerin weitergeleitet.

Anm. 6

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Wohnungszuweisung ist nur möglich, wenn der Auszug des Mannes aus der gemeinsamen Ehwohnung entweder nicht länger als sechs Monate zurückliegt oder aber er der Antragsgegnerin gegenüber bereits früher ernstlich seine Rückkehrabsicht bekannt gegeben hat.

Anm. 7

Hier sind Besonderheiten, wie z.B. gemeinsames Eigentum der Eheleute, Miteigentum anderer Verwandter etc., noch zu benennen. Wenn möglich, sollte der Mietvertrag dem Gericht vorgelegt werden.

Anm. 8

Es ist besonders wichtig, das Geschehen umfassend und detailliert zu schildern. Es muss klar sein, welche konkrete häusliche Gewalt an dem Mann und/oder den Kindern verübt wurde. Der Sachverhalt muss möglichst genau geklärt und in Einzelheiten notiert werden:

- Wann ist was wo passiert?
- Wer war anwesend (*Name und Adressen von Zeugen*)?
- Gab es Verletzungen? Wenn ja: welche?
- Wurde ein Arzt aufgesucht? Wenn ja: wann? (*Name und Adresse des Arztes; Vorlage des Attestes*)
- Wurde die Polizei eingeschaltet?
- Wurde Anzeige erstattet? (*Welche Polizeidienststelle; Geschäftszeichen der Polizei*)
- Gibt es ein Strafverfahren? (*Aktenzeichen*)
- Gab es schon vorher Misshandlungen? (*Ggf. wann und welche Verletzungen*)
- Gab es schon vorher einen Polizeieinsatz/eine Anzeige? (*Institution/ Geschäftszeichen*)
- Gab es schon vorher Strafverfahren? (*Gericht/Aktenzeichen*)
- Ist die Antragsgegnerin vorbestraft?
- Ist die Antragsgegnerin im Besitz einer Waffe?

Anm. 9

Für den Fall, dass die letzte zur Antragstellung führende Misshandlung/Beeinträchtigung des Mannes nicht so schwerwiegend war wie bei früheren Fällen, sollten diese geschildert werden.

Anm. 10

Der Sachverhalt muss „glaubhaft“ gemacht werden, um das Gericht von der Wahrheit der Sachverhaltsschilderung zu überzeugen. Im Prinzip genügt die eidesstattliche Versicherung des antragstellenden Mannes. Es ist jedoch besser, wenn weitere Beweismittel vorhanden sind. Von daher ist es wichtig, alle vorhandenen Beweismittel, wie z. B. eidesstattliche Erklärungen von Zeugen, ärztliche Atteste (in Fotokopie) neben der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers beizufügen.

Anm. 11

In der „eidesstattlichen Versicherung“ versichert der Mann gegenüber dem Gericht, dass er den Sachverhalt wahrheitsgemäß geschildert hat.

Aus der eidesstattlichen Versicherung muss sich der Sachverhalt, dessen Richtigkeit versichert werden soll, ergeben. Daher ist nochmals eine Schilderung des Geschehens nötig. Sachverhaltsschilderungen überzeugen am meisten, wenn sie detailliert sind und der Betroffene den Sachverhalt in seinen eigenen Worten wiedergibt. Da falsche eidesstattliche Versicherungen strafbar sind, sollte die Schilderung des Geschehens möglichst genau sein, aber nur das enthalten, woran sich der Antragsteller sicher erinnert.

Die eidesstattliche Versicherung muss ferner die Erklärung enthalten, dass sie in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Erklärung an Eides statt abgegeben wird. Formulierungsvorschlag: „Ich weiß, dass eine falsche Erklärung an Eides statt strafbar ist. In Kenntnis dessen, erkläre ich Folgendes an Eides statt:...“

Anm. 12

Stellt der Mann den Antrag selbst, ist dieser Antrag dreifach und jeweils selbst unterschrieben bei Gericht einzureichen. Auch die Anlagen sind jeweils dreifach zu überreichen.

Anm. 13

Verfahren:

Das Gericht befindet über den Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung nach mündlicher Verhandlung, in der es beide Eheleute anhört. Über die einstweilige Anordnung kann das Gericht vorab ohne Anhörung der Antragsgegnerin entscheiden. Es kann aber auch insoweit zur Sachaufklärung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, bei dem der Mann mit der Antragsgegnerin zusammentrifft. Bei besonderer Gefährlichkeit der Antragsgegnerin kann das Gericht um besondere Schutzmaßnah

men gebeten werden. Es kann z. B. anordnen, dass ein Wachtmeister vor dem Sitzungssaal steht und/oder an der Sitzung teilnimmt.

Anwaltliche Vertretung ist im gesamten Verfahren nicht erforderlich.

Kosten:

Für das Verfahren entstehen Gerichtskosten (aus einem Verfahrenswert vom Dreifachen der Kaltmiete) für das Hauptverfahren. Für das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entstehen keine eigenen Gerichtskosten, wohl aber Anwaltskosten. Die Höhe der Anwaltsgebühren kann nur grob geschätzt werden und hängt davon ab, welchen Ablauf das Verfahren nimmt.

Ist dem Mann Prozesskostenhilfe bewilligt, braucht er keine Gerichtsgebühren zu entrichten und die Staatskasse übernimmt die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung. Trotz Bewilligung von Prozesskostenhilfe muss der Mann aber die Kosten einer Anwältin/eines Anwalts der Antragsgegnerin erstatten, wenn er im Verfahren unterliegt.

Welcher Ehegatte insgesamt die Kosten zu tragen hat, hängt von der Kostenentscheidung des Gerichts ab (Ermessensentscheidung). In der Regel hat der unterliegende Ehegatte die Kosten des Verfahrens voll zu übernehmen. Es kommt aber nicht selten vor, dass der unterliegende Ehegatte nur die vollen Gerichtskosten zu zahlen hat und im Übrigen jeder Ehegatte die eigenen Anwaltskosten tragen muss (Grund: kein Anwaltszwang).

M6

ANTRAG AUF ZUWEISUNG DER GEMEINSAMEN WOHNUNG BEI EINER EINGETRAGENEN LEBENSPARTNERSCHAFT IN FÄLLEN HÄUSLICHER GEWALT

An das
Familiengericht¹⁾

Ort, Datum

**Antrag auf 1) Zuweisung der gemeinsamen Wohnung gemäß § 14 LPartG
2) Erlass einer einstweiligen Anordnung**

In Sachen

Antragsteller
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift²⁾
*oder bei konkreter Gefahr Anschrift auf gesondertem Blatt
mit der Bitte um Geheimhaltung beigelegt
oder Zustelladresse der Verfahrensbevollmächtigten angeben*

Antragsteller

Verfahrensbevollmächtigte/r:

gegen

Antragsgegner
geboren am
Staatsangehörigkeit:
Anschrift

Antragsgegner

wegen Wohnungszuweisung

- ☐ beantrage ich
 - ☐ namens und in Vollmacht des Antragstellers
- in der Hauptsache
- ☐ und im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 14 LPartG iVm §§ 621g,
661 Abs. 2 ZPO
 - ☐ wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung
wie folgt zu beschließen:³⁾

- ☐
 - die gemeinsame Wohnung in
 - ☐ Straße.....
 - ☐ Ort.....
 - ☐ Stockwerk.....
 - ☐ rechts, links, Mitte, Wohnungsnummer.....
 - ☐ wird dem Antragsteller zur alleinigen Nutzung zugewiesen.



Der Antragsgegner wird verpflichtet, die Wohnung sofort zu verlassen und sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel an den Antragsteller herauszugeben.



Dem Antragsgegner wird untersagt, die Wohnung ohne Zustimmung des Antragstellers zu betreten.⁴⁾



Die einstweilige Anordnung ist sofort vollziehbar. Der Antragsteller kann sich zur Durchsetzung dieser einstweiligen Anordnung der Hilfe des Gerichtsvollziehers bedienen, der sich seinerseits der Hilfe der Polizei bedienen darf.



Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Betretungsverbot wird ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

Des Weiteren wird beantragt,



dem Antragsteller



unter Beiordnung der RA'in/des RA.....
Prozesskostenhilfe zu bewilligen.⁵⁾

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen (Einkommen, Belastungen wie Miete, Versicherungen etc.) ist beigefügt.

Begründung:

Bei den Parteien handelt es sich um eingetragene Lebenspartner gemäß dem LPartG.

☐ Der Antragsteller ist am aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen und hat innerhalb der darauf folgenden sechs Monate dem Antragsgegner gegenüber seinen Rückkehrwillen bekanntgegeben.⁶⁾

☐ Der Antragsgegner ist am aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen.

☐ Die Parteien leben noch zusammen, der Antragsteller möchte sich aber trennen.

☐ Den Mietvertrag für die gemeinsame Wohnung hat der Antragsteller allein abgeschlossen.

☐ Den Mietvertrag für die gemeinsame Wohnung haben die Parteien gemeinsam abgeschlossen.

☐ Sonstiges:⁷⁾.....
.....

Seit dem⁸⁾ ist der Antragsteller massiven Übergriffen seitens des Antragsgegners ausgesetzt.

Der Antragsgegner hat den Antragsteller

- ☐ geschlagen
- ☐ beschimpft
- ☐ beleidigt
- ☐ mit dem Tode bedroht
- ☐ eingesperrt
- ☐

☐ Auch in der Vergangenheit ist es schon zu folgenden Vorfällen gekommen:⁹⁾

.....

.....

.....

.....

Zur Glaubhaftmachung¹⁰⁾ des oben geschilderten Vortrages bezieht sich der Antragsteller auf

- ☐ eidesstattliche Versicherung des Antragstellers¹¹⁾
- ☐ ärztliches Attest des/der vom
- ☐ Strafanzeigenerstattung bei der Polizei am, Az.:
- ☐ Sonstiges

Aufgrund des geschilderten Verhaltens und der Äußerungen des Antragsgegners besteht die Gefahr, dass dieser den Antragsteller und das/die Kind/er erneut physisch und psychisch verletzen wird. Dem Antragsteller ist die Wohnung insgesamt zuzuweisen, da davon auszugehen ist, dass bei einer Teilung der Wohnung der Antragsgegner das Nutzungsrecht erschweren bzw. vereiteln wird.

Der weitere Verbleib des Antragsgegners in der gemeinsamen Wohnung stellt für den Antragsteller eine unbillige Härte im Sinne von § 14 LPartG dar.

☐ Hierbei ist auch das Wohl der im Haushalt lebenden Kinder zu berücksichtigen.

Ein Abwarten der Hauptsacheentscheidung ist dem Antragsteller nicht zumutbar, da weitere Verletzungen/Beeinträchtigungen durch den Antragsgegner zu befürchten sind.

☐ Der Antragsgegner hat damit gedroht,
.....

☐ Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.¹²⁾

☐ Zwei einfache Durchschriften anbei.

☐ *Unterschrift der Antragsteller*

☐ *RechtsanwältIn*¹³⁾

Einzelne Hinweise zu Formular M6:

Anm. 1

Das Verfahren gehört immer vor das Familiengericht (in dessen Gerichtsbezirk die gemeinsame Wohnung liegt).

Der Antrag kann persönlich beim Gericht abgegeben, aber auch an das Gericht per Post geschickt werden. Ferner gibt es die Möglichkeit, den Antrag durch eine bei jedem Gericht befindliche Rechtsantragstelle aufnehmen zu lassen. Dort muss evtl. mit einer erheblichen Wartezeit gerechnet werden.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Antragsteller den bereits ausgefüllten und unterschriebenen Antrag bei Gericht abgibt mit der Bitte um sofortige bzw. rasche Entscheidung. Sowohl bei der Antragstellung mit Hilfe der Rechtsantragstelle als auch bei Abgabe des ausgefüllten Antrags kann es sein, dass noch am Tag der Antragstellung ein richterlicher Beschluss ergeht. Der Richter oder die Richterin kann aber auch eine mündliche Verhandlung anberaumen, die dann voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erfolgt. Für den Fall, dass noch am gleichen Tag ein Beschluss erlassen wird, muss mit einer Wartezeit von insgesamt bis zu acht Stunden gerechnet werden.

Anm. 2

Die Anschrift des Antragstellers kann gegenüber dem Antragsgegner geheimgehalten werden, wenn durch ihn Gefahr für Leib oder Leben des Antragstellers oder der Kinder droht. Das Gericht muss auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hingewiesen werden. Die Geheimhaltung wird nur gewährt, wenn sich die Notwendigkeit anhand des Sachverhalts nachvollziehen lässt.

Anm. 3

Bei den in den Formularen aufgeführten Antragsalternativen handelt es sich um Formulierungsvorschläge. Welche Anträge Sie ankreuzen, hängt davon ab, welches Ziel erreicht werden soll und ob der geschilderte Sachverhalt dies rechtfertigt. Es dürfen jeweils nur die durch die bisherigen Vorfälle gedeckten Anträge angekreuzt werden.

Anm. 4

Bei Vorliegen eines entsprechenden Sachverhalts ist es sinnvoll, Anträge auf Schutzmöglichkeiten für den Antragsteller gemäß § 1 GewSchG (M1) zu stellen. Nur bei diesen Schutzanordnungen ist eine Bestrafung des Täters gemäß § 4 GewSchG gegeben, wenn er gegen zivilgerichtliche Beschlüsse verstößt.

Anm. 5

Ist der Antragsteller finanziell nicht in der Lage, die Kosten des Verfahrens (vgl. hierzu unten die Anmerkung zu 13) zu tragen, muss er den Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe stellen. Diesem Antrag ist ein amtliches Formular, die sogenannte Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse beizufügen. Das For

mular erhält man bei jedem Gericht. Es muss ausgefüllt, unterschrieben und mit Belegen (Gehaltsbescheinigung, Höhe der Miete etc.) versehen werden.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst den beigefügten Unterlagen wird nicht an den Antragsgegner weitergeleitet.

Anm. 6

Der Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Wohnungszuweisung ist nur möglich, wenn der Auszug des Antragstellers aus der gemeinsamen Wohnung entweder nicht länger als sechs Monate zurückliegt oder aber er dem Antragsgegner gegenüber früher ernstlich seine Rückkehrabsicht bekanntgegeben hat.

Anm. 7

Hier sind Besonderheiten, wie z.B. gemeinsames Eigentum der Lebenspartner, Miteigentum anderer Verwandter etc., noch zu benennen. Wenn möglich, sollte der Mietvertrag dem Gericht vorgelegt werden.

Anm. 8

Es ist besonders wichtig, das Geschehen umfassend und detailliert zu schildern.

Es muss klar sein, welche konkrete häusliche Gewalt an dem Antragsteller und/oder den Kindern verübt wurde, ob Wiederholungsgefahr besteht und woraus sich diese ergibt. Der Sachverhalt muss möglichst genau geklärt und in Einzelheiten notiert werden:

- Wann ist was wo passiert?
- Wer war anwesend (*Name und Adressen von Zeugen*)?
- Gab es Verletzungen? Wenn ja: welche?
- Wurde ein Arzt aufgesucht? Wenn ja: wann? (*Name und Adresse des Arztes; Vorlage des Attestes*)
- Wurde die Polizei eingeschaltet?
- Wurde Anzeige erstattet? (*Welche Polizeidienststelle; Geschäftszeichen der Polizei*)
- Gibt es ein Strafverfahren? (*Aktenzeichen*)
- Gab es schon vorher Misshandlungen? (*Ggf. wann und welche Verletzungen*)
- Gab es schon vorher einen Polizeieinsatz/eine Anzeige? (*Institution/ Geschäftszeichen*)
- Gab es schon vorher Strafverfahren? (*Gericht/Aktenzeichen*)
- Ist der Antragsgegner vorbestraft?
- Ist der Antragsgegner im Besitz einer Waffe?

Anm. 9

Für den Fall, dass die letzte zur Antragstellung führende Misshandlung/Beeinträchtigung des Antragstellers nicht so schwerwiegend war wie frühere Vorfälle, sollten diese geschildert werden.

Anm. 10

Der Sachverhalt muss „glaubhaft“ gemacht werden, um das Gericht von der Wahrheit der Sachverhaltsschilderung zu überzeugen. Im Prinzip genügt die eidesstattliche Versicherung des antragstellenden Mannes. Es ist jedoch besser, wenn weitere Beweismittel vorhanden sind. Von daher ist es wichtig, alle vorhandenen Beweismittel, wie z. B. eidesstattliche Erklärungen von Zeugen, ärztliche Atteste (in Fotokopie) neben der eidesstattlichen Versicherung des Antragstellers beizufügen.

Anm. 11

In der „eidesstattlichen Versicherung“ versichert der Antragsteller gegenüber dem Gericht, dass er den Sachverhalt wahrheitsgemäß geschildert hat.

Aus der eidesstattlichen Versicherung muss sich der Sachverhalt, dessen Richtigkeit versichert werden soll, ergeben. Daher ist nochmals eine Schilderung des Geschehens nötig. Sachverhaltsschilderungen überzeugen am meisten, wenn sie detailliert sind und der Betroffene den Sachverhalt in seinen eigenen Worten wiedergibt. Da falsche eidesstattliche Versicherungen strafbar sind, sollte die Schilderung des Geschehens möglichst genau sein, aber nur das enthalten, woran sich der Antragsteller sicher erinnert.

Die eidesstattliche Versicherung muss ferner die Erklärung enthalten, dass sie in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Erklärung an Eides statt abgegeben wird. Formulierungsvorschlag: „Ich weiß, dass eine falsche Erklärung an Eides statt strafbar ist. In Kenntnis dessen, erkläre ich Folgendes an Eides statt:...”

Anm. 12

Stellt der Antragsteller den Antrag selbst, ist dieser Antrag dreifach und jeweils selbst unterschrieben bei Gericht einzureichen. Auch die Anlagen sind jeweils dreifach zu überreichen.

Anm. 13

Verfahren:

Das Gericht kann ohne Anhörung des Antragsgegners entscheiden. Es kann aber auch zur Sachaufklärung einen Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumen, bei dem der Antragsteller mit dem Antragsgegner zusammentrifft. Bei besonderer Gefährlichkeit des Antragsgegners kann das Gericht um besondere Schutzmaßnahmen gebeten werden. Es kann z. B. anordnen, dass ein Wachtmeister vor dem Sitzungssaal steht und/oder an der Sitzung teilnimmt.

Anwaltliche Vertretung ist im gesamten Verfahren nicht erforderlich.

Kosten:

Für das Verfahren entstehen Gerichtskosten (aus einem Verfahrenswert vom Dreifachen der Kaltmiete) für das Hauptverfahren. Für das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entstehen Gerichtskosten und Anwaltsgebühren, deren Höhe nur grob geschätzt werden kann und davon abhängt, welchen Ablauf das Verfahren nimmt.

Ist dem Antragsteller Prozesskostenhilfe bewilligt, braucht er keine Gerichtsgebühren zu entrichten und die Staatskasse übernimmt die Kosten seiner anwaltlichen Vertretung. Trotz Bewilligung von Prozesskostenhilfe muss der Antragsteller aber die Kosten einer Anwältin/eines Anwalts des Antragsgegners erstatten, wenn er im Verfahren unterliegt.

Ob der Antragsteller oder der Antragsgegner die Kosten zu tragen hat, hängt davon ab, ob das Gericht den Antrag für begründet erachtet. Grundsätzlich hat das Gericht bei der Kostenentscheidung einen Ermessensspielraum.